

Thomas Bieling

„Wo die Macht aufhört, entsteht die Hoffnung“

Die zweite italienische Studentenbewegung

zwischen sozialer Emanzipation und politischer Regression*

Die italienische Studentenbewegung als Problem der bundesdeutschen Linken

1. Die bürgerliche Presse in der BRD hat sofort – quasi instinktiv – begriffen, daß sich mit der neuen italienischen Studentenbewegung ein Problemfeld entwickelte, das ihr sehr viel nützt, weil es der Linken nicht unerheblich schadet, da sie es nicht bewältigen kann. Da sie die KPI, der sie aufgrund deren angeblicher Demokratiefeindlichkeit ohnehin mißtraut, weiter als ihren Hauptgegner betrachtet, entwickelt sie eine doppelgleisige schadenfreudige Argumentation, die auf die folgenden banalen Vorstellungen hinausläuft:

- sieht, die Systemumstürzler sind sich untereinander uneinig und bekämpfen sich nunmehr selbst
- sieht weiter, auch die KPI hat sich verbürgerlicht und mit Privilegien gepanzert und wird nun zum Angriffsziel jener Kräfte, die sie einst selbst erzeugt hat.

Da sie aus der ganzen Angelegenheit nur Vorteile ziehen konnte, zeichnet sie ein chaotisch-erschreckendes Bild der Bewegung, ihrer Gewalttätigkeit und ihres Vandalismus und beutet mit Vorliebe jenen Teilaspekt aus, der das Gegeneinander der verschiedenen Teile der „kommunistischen Bewegung“ in den Vordergrund stellt. Eine genauere Vorstellung über die tatsächliche Dynamik der Ereignisse vermittelt sie nicht.

Die Berichterstattung in der bundesrepublikanischen linken Presse ist z.T. nicht viel besser. Die der Sponti-Szene zuzurechnenden Blätter (BUG-Info, ID, Autonomie, Oh wie schön) befinden sich – mit Abstufungen – auf vollem Identifikations-Kurs mit ihren italienischen Freunden, den Autonomisten, und berichten in bruchstückhafter, verfälschender, oft schlichtweg skandalöser Art und Weise von den Geschehnissen. Die Benennung und Diskussion auch die bundesrepublikanische Linke betreffender Probleme liegt nicht in ihrem Interesse. Die „inoffizielle KP-Presse“ (Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus) berichtet gut dokumentiert und schafft sogar den Rückbezug zu hochschulpolitischen Problemen der BRD. Da aber auch sie sich mit einer Linie identifiziert, ist die Bewegung für sie nicht Anlaß, über noch offene Fragen zu reflektieren, sondern sie weiß schon stets alles: die etwas zur Gebetsmühle erstarrende Formel von der „Notwendigkeit eines neuen Typs gesellschaftlicher Entwicklung“ läuft Gefahr, alle Probleme, Fragen und Zweifel zu überdecken. – Schließlich existiert noch eine dritte Linie der Berichterstattung (Wiener Tagebuch, links), die die Ereignisse zwar nicht identifikatorisch, dafür aber etwas teilnahmslos kommentiert. Die Blickrichtung nach Italien ist hier von einem linken intellektuellen Interesse bestimmt. Fragen der strategischen Orientierung und Neuorientierung stehen hier mehr im Vordergrund als die Verfolgung konkreter Problemfälle, die im Ausland darum nachvollzogen werden, weil sie die BRD-Linke im Inland bedrängen.

2. Demgegenüber entwickelte sich der Anstoß der vorliegenden Überlegungen unter dem Eindruck zweier in der BRD unmittelbar aktueller Themenkomplexe: der der sich gegen das Hochschulrahmengesetz an den Universitäten herausbildenden Bewegung, die gleichzeitig – jedenfalls

* Der vorliegende Artikel wurde bereits im Januar 1978 verfaßt. Nachfolgende Entwicklungen, wie insbesondere die Ereignisse um die Ermordung Aldo Moros und die Neubildung der Regierung Andreotti, konnten nicht mehr berücksichtigt werden. – Der Artikel wurde im Rahmen der Westberliner Italiengruppe erarbeitet.

ihrer Möglichkeit nach – eine Bewegung gegen die Akademikerarbeitslosigkeit ist, sowie der des Terrorismus. Beide Komplexe sollen im Mittelpunkt der folgenden Ausführungen stehen. Sie sind in Italien viel ausgeprägter als in der BRD. Während die italienische Studentenbewegung einen viel höheren Mobilisierungsumfang erreicht hat als alle Streikbewegungen an westdeutschen Universitäten während der letzten Semester, ist der Terrorismus dort schlichtweg ein Tagesphänomen. Überdies besteht zwischen beiden Momenten – Studentenbewegung und Terrorismus – ein innerer, wenn auch sehr vermittelter Zusammenhang, der im folgenden näher entwickelt werden soll. – Das Erkenntnis-Interesse kann in zwei Fragestellungen zusammengefaßt werden:

- Aus welchem sozialen und kulturellen Zusammenhang ist die Studentenbewegung entstanden; welche Antworten gibt sie auf das Problem der jugendlichen Massenarbeitslosigkeit und welcher politischen Strategien bedient sie sich dabei; wie sieht das innere Selbstverständnis aus, das sich dabei in ihrem Vorgehen reflektiert.
- Wie verhält sich die Bewegung zu den Aktionen der sogenannten bewaffneten Gruppen und in welcher Weise konditioniert der Terrorismus neben der Studentenbewegung die gesamte antikapitalistische Bewegung.

3. Es kann hier nicht darum gehen, Parallelen oder Modelle zu konstruieren, die dann auf die bundesrepublikanische Wirklichkeit übertragen oder hier zur Anwendung gebracht werden sollten. Dies in der einen oder anderen Form zu tun, kann anderen Untersuchungen ja gerade vorgeworfen werden. Die Situation Italiens und die der BRD ist unvergleichbar; eine Übertragung – auch eine modifizierte – ist daher nicht möglich. Die wesentlichen, auf der Hand liegenden Unterschiede bestehen in der entfalteten italienischen Klassenbewegung mit ausgeprägten Organisationen der Arbeiterklasse sowie einer strukturellen Schwäche und Abhängigkeit des italienischen Kapitalismus. Daraus folgt, daß sich die Jugend- und Studentenbewegung von vornherein in einem von der Bundesrepublik völlig verschiedenen gesellschaftlichen Kontext entwickelt hat, der zwangsläufig andere politische Bezugspunkte, Möglichkeiten und Gefahren implizierte, und daß sie Probleme und Tendenzen antizipiert, die sich in der BRD aufgrund der Stärke, Abmilderungs- und Integrationskraft des hiesigen Kapitalismus nicht in dieser Tragweite stellen werden.

Beispiele schonungsloser Übertragungsarbeit gibt es genug: Wenn sich der Stamm der FU-Indianer einen Hauch von Kreativität dadurch erstiehlt, daß er sein römisches Vorbild kopiert, dann handeln seine Mitglieder nur noch platt und einfalllos. Wer italienische Autonomisten an bundesdeutsche Universitäten einlädt, um aus der Diskussion mit ihnen heraus westdeutsche Verweigerungsstrategien zu formulieren („gegen die Arbeit – für die Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums“), handelt mit dem Import andererorts produzierter Theorien, die in ihrem Entstehungsland vornehmlich den Status einer Ideologie haben, einfach verantwortungslos.

Um diese Kurz- und Unschlüssigkeiten zu vermeiden, muß man sich darauf konzentrieren, die italienische Bewegung aus ihrer tatsächlichen gesellschaftlichen Lage und ihrer inneren Dynamik zu entwickeln. Folgenreich kann ein solches Vorgehen trotzdem (und gerade darum) sein. Wer die zersetzenden Folgen jugendlicher Arbeits- und Orientierungslosigkeit in Italien verfolgt hat, wird diesem Problem auch in der BRD einen größeren Stellenwert im Rahmen sozialistischer Politik zumessen. Wem die Stellung der verschiedenen Teile der italienischen Linken zu Projekten der Bekämpfung der Jugend- und Akademikerarbeitslosigkeit bekannt ist, wird Anhaltspunkte dafür gewonnen haben, welche Strategien in der BRD tunlichst nicht eingeschlagen werden sollten. Zwei Beispiele, die verdeutlichen sollen, daß die italienischen Ereignisse nicht darum verfolgt werden, weil festgestellt werden soll, was dort überhaupt geschieht, oder weil das dort Geschehene als nachahmenswert empfunden wird, sondern weil sich bei der Rezeption gleicher Probleme in unterschiedlichen Ländern gemeinsame Diskriminanten sozialistischer Politik herauschälen, die alleine hier interessieren.

Von Februar bis September 1977

4. Betrachtet man die italienische Studentenbewegung in ihrem europäischen Kontext, so ist der Unterschied zur 68er Situation frappierend. Deuteten damals – in der Zeit des Vietnam-Krieges – von Paris bis Prag alle Zeichen auf Revolution, so ist heute eine enorme Ungleichentwicklung zwischen den Ländern festzustellen. Während sich die französischen Studenten 1977 fast gar nicht rührten, war die bundesdeutsche Streikbewegung gegen das Hochschulrahmengesetz doch weit davon entfernt, sich zu einer zweiten Studentenbewegung analog der 68er Erfahrungen zu entwickeln. Einzig in Italien explodierte das Universitätschaos und entwickelte sich eine Massenbewegung, die mit dem 68er Vorbild durchaus zu vergleichen war. Diese Ungleichzeitigkeit der Mobilisierung in den verschiedenen westeuropäischen Ländern deutet auf die Besonderheit der italienischen Situation hin, auf die gleich noch einzugehen sein wird.

Dennoch bestand zwischen der westeuropäischen (Neuen) Linken ein Zusammenhang. Frankreich ist wieder zum bevorzugten Ort der Theorieproduktion geworden. Nach Sartre, Lévi-Strauss und Althusser werden heute Foucault, Guattari, Deleuze u.a. nicht nur in Frankreich gelesen. Ihre Überlegungen wurden auch in Italien diskutiert und haben ihren Einfluß auf die kulturelle Orientierung der Studentenbewegung nicht verfehlt. Darüber hinaus schalteten sich diese französischen Intellektuellen über Artikel und Appelle direkt in die tagespolitische Auseinandersetzung Italiens ein. Felix Guattari erschien höchstpersönlich auf dem Bologneser Antirepressions-Kongreß und handelte sich auf seine Frage nach den neuen Philosophen die inzwischen europaweit bekanntgewordene Antwort ein: „Diejenigen, die uns langweilen“.

Die italienische Linke hat zwar auch ihre Theoretiker, aber Italien wurde nicht zum Erzeugungsort neuer und schillernder Theoriegebilde, sondern hauptsächlich zum Land der großen Kämpfe, der Bewegung, der Aktionen. Hunderttausend in den Straßen von Rom! Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Studenten in Mailand! Barrikadenkämpfe in Bologna! Diese Fanale konnten auf Teile der bundesdeutschen Linken nicht ohne (magische) Wirkung bleiben. Selbst oft in trüber Versunkenheit dahindämmernd, erblickten sie in der italienischen Bewegung das Wieder-aufbersten des politischen Lebens und begannen, mit dem Nachvollzug der dortigen Kämpfe auch verstärkt die französischen Theorien zu importieren. Felix Guattari reiste erneut herum; diesmal nicht nach Bologna, sondern zum Tunix-Treffen nach Berlin. Auch die italienischen Autonomisten fanden sich zur Berichterstattung über ihre Erlebnisse ein. Die „proletarischen Einkäufe“, in Italien zuweilen gängige Praxis, fanden in Berlin allerdings nur verbal im Audi-Max der Technischen Universität statt.

Im Resultat entwickelte sich so zwischen der westeuropäischen Linken eine neue Form der Arbeitsteilung, die vereinfacht ausgedrückt darin bestand: in Italien die Bewegung, in Frankreich die Theorie, und in der Bundesrepublik – die matte Wiederholung beider.

5. Die zweite italienische Studentenbewegung existierte als soziale Massenbewegung mit gesellschaftsveränderndem Anspruch eigentlich nur acht Monate, von der Besetzung der Universitäten im Februar bis zum Antirepressionskongreß von Bologna im September 1977. Sie hatte eine Vorgeschichte, die sich im Winter 1976/77 entwickelnde Bewegung zur Selbstherabsetzung von Preisen des Kulturbereichs („autoriduzione“), und natürlich auch ein Nachspiel, die in einigen Metropolen kurz aufflackernde Schülerbewegung, die allerdings nur einen schwachen und entwicklungsunfähigen Abglanz ihres großen Bruders darstellte.

Zwar hat sich die Bewegung nach dem Antirepressionskongreß nicht in ein Nichts aufgelöst – die sogenannte zweite Gesellschaft besteht unverändert weiter – und auch mangelte es nicht an Anlässen, bei denen man eine Wiedererstehung ihres Massencharakters zu erkennen glaubte, aber dennoch ist die Bewegung heute bereits „Geschichte“, ist ihr Anspruch nach Gesellschaftsveränderung uneingelöst geblieben, sind ihre Zielsetzungen praktisch gescheitert. Das, was sich im Jahre 1977 zu machtvollen Massendemonstrationen zusammengefunden hatte, existierte im Jahre 1978 bestenfalls noch in Form bestimmter Einzelinitiativen und Projekte. Die Bewegung hat sich aufgespalten. Die verbindenden Elemente sind verloren gegangen. An die Stelle des Engagements und der Hoffnung sind in vielen Fällen die Resignation und der Rückzug getreten. Andere politische Subjekte – und seien es die „Roten Brigaden“ – haben sich in den nachfolgenden Monaten in den Vordergrund geschoben. Die Bewegung der Studenten von 1977 existiert als politischer Faktor nicht mehr. Wer war sie?

Die 77er Studentengeneration

6. Die Bewegung an den Hochschulen ist auch und gerade in ihrem gewaltsam-explosiven Aspekt Ausdruck und sichtbares Resultat der ökonomischen *und* politischen Krise der italienischen Gesellschaft, die bestimmte Schichten von Jugendlichen in besonderem Maße betrifft. Der Hintergrund der Bewegung an den Universitäten kann nur mit Hilfe einer sozialen und ökonomischen Analyse geklärt werden, die sowohl die Veränderungen in der Produktionsstruktur des Landes als auch deren Auswirkungen auf die gesellschaftliche Schichtung der Klassen nachvollzieht. Die Krise stellt sich in ihrem ökonomischen Aspekt – bezogen auf die Universitätssituation – als Umstrukturierung des Arbeitsmarktes, als Verdrängung großer Massen von Jugendlichen aus dem Produktionsprozeß und ihre Hineindrängung in die Ausbildungsinstitutionen, folglich als Funktionsveränderung der Universitäten und als Entwertung des Studiums dar. In ihrer politischen Dimension beinhaltet sie einen Verlust an Integrationsfähigkeit des Systems bezüglich weiter Schichten dieser Jugendlichen, die das politische und soziale System auch darum nicht mehr wollen, weil es ihnen keinerlei Perspektive zu weisen vermag.

Aus der Realität der BRD ist uns ein Typ des Studenten vertraut, der regelmäßig Vorlesungen und Seminare besucht, der sich entweder durch ein Stipendium oder eine Unterstützung von Seiten der Eltern finanziert – und sich durch eine Ar-

beit neben dem Studium und in den Semesterferien die nötigen Gelder hinzuverdient —, der in der Mehrheit direkt von der Schule über das Abitur die Universität erreicht. Es war diese Art von Student, die auch in Italien die erste große Studentenbewegung, die Mobilisierung von 1968, getragen hat. Überwiegend die Söhne der Bourgeoisie und des Mittelstandes, wurden sie in einer numerisch noch begrenzten Universität auf ihre zukünftigen Leitungsfunktionen vorbereitet, ohne daß ihre zukünftige Beschäftigung gefährdet gewesen wäre.

Die Bewegung von 68 hat den freien Zugang zur Universität, ihre Öffnung für neue soziale Gruppen, erkämpft. Der sich in den folgenden 10 Jahren durchsetzende Zug zur Massenuniversität hat gleichzeitig eine neue Physiognomie des in den Universitäten hausenden Studenten hervorgebracht, eine „neue soziale Figur des Studenten“ herausgebildet, die hauptsächlich dadurch gekennzeichnet ist, daß der normale Student tagsüber nicht studiert, sondern zu arbeiten genötigt ist. Das „Recht auf das Studium“ konnte der schwache italienische Kapitalismus nicht mit einer Pflicht des Staates zur Finanzierung der materiell schwächergestellten Studenten untermauern, wie das beispielsweise in der Bundesrepublik geschehen ist. Das nach 1968 eingeführte Stipendiensystem, der „presalario“, bietet als Höchstbetrag nur zwischen 20 und 25 % der deutschen Bafög-Gelder. Er ist zudem an bestimmte restriktive Bedingungen geknüpft und wird nur an jene Studenten ausbezahlt, die nicht bei ihren Eltern wohnen, die stets pünktlich ihre Examen ablegen etc. Er erreicht faktisch nur eine kleine Minderheit der Studenten und stellt auch für diese nur einen geringen, keineswegs ausreichenden, Zuschuß dar. Kann ein bundesdeutscher Student mit dem Höchstsatz gerade noch leben, so kann dies der italienische Student keineswegs. Er ist auch als Stipendienempfänger genötigt, sich entweder auf die Eltern zurückzubeziehen, oder aber selbst zu arbeiten.

In der Tat geht der größte Teil der Studenten heute einer Arbeit nach, die er entweder als Neben- oder als Haupttätigkeit ausführt. Dies bedeutet, daß sich dieser „Arbeiter-Student“ gar nicht in der Universität präsentiert, er die Vorlesungen gar nicht frequentiert. Dieser Typ von Student betritt die Universität nur zur Ablegung der Examen bzw. zur Erledigung von Verwaltungsangelegenheiten; sein Studium absolviert er abends, an Wochenenden, bei Arbeitsunterbrechungen etc. Die Beschäftigungsmöglichkeiten dieser Mehrheit von Studenten variieren je nach territorialer Lage: Während in den großen Fabrikstädten des Nordens die Möglichkeiten der industriellen Schwarzarbeit relativ gut sind (nicht unbegründete Gerüchte behaupten, der Schwarzarbeitssektor dieser Städte wäre direkt von den großen Konzernen organisiert, die auf diese Weise die hohen Sozialkosten umgehen — „decentramento produttivo“), stellen die Studenten in einigen Universitätsstädten der Po-Ebene das unqualifizierte Personal in der Landwirtschaft dar. In Rom sind die Angebote von Studenten-Jobs bereits geringer; im Süden versiegen sie. Offizielle und stabile Beschäftigungsformen sind in allen Gebieten die Ausnahme.

Der hier geschilderte Studenten-Typ trägt bereits mehr Charakteristika eines unqualifizierten Arbeiters als eines herkömmlichen Studenten, auch wenn er in der Universität einen — wenn auch oft illusorischen — Bezugspunkt hat. Dies bedeutet, daß die scharfen Grenzen, die früher zwischen Arbeiter, Arbeitslosem und Studen-

ten bestanden, in der „neuen sozialen Figur des Studenten“ bereits etwas verwischt sind, ohne daß damit jedoch die Spezifität jeder einzelnen Gruppe aufgehoben wäre (wie es beispielsweise einige Sektoren der Autonomisten behaupten, die in der Figur des Studenten, des zukünftigen Arbeitslosen, des „Marginalisierten“, *das* revolutionäre Subjekt überhaupt sehen).

Existiert für den Studenten durch die Unangemessenheit bzw. Abwesenheit des Stipendiums ein „Zwang zur Arbeit“, so muß die Organisation des Lehr- und Prüfungssystems auch die „Möglichkeit zur Arbeit“, d.h. die Möglichkeit der Abwesenheit vom täglichen Vorlesungsbetrieb, beinhalten. Dies ist dadurch gegeben, daß die Voraussetzung zur Examensablegung nicht die Mitarbeit in universitären Kleingruppen, die Erstellung von Seminarpapieren o.ä. ist, sondern das orts- und zeitunabhängige (Auswendig-)Lernen eines bestimmten Stoffquantums, vorgegeben in einer gewissen Anzahl von Büchern. Eine Dequalifizierung des arbeitenden Studenten dürfte bereits durch diese Methode der Wissensaneignung gegeben sein. Seine massenhafte Abwesenheit ist aber erst die Voraussetzung dafür, daß der Lehrbetrieb für die frequentierenden Studenten überhaupt noch aufrechterhalten werden kann, da die gleichzeitige Präsenz aller Studentenkategorien das sofortige Auseinanderbersten des gesamten Universitätsapparates nach sich ziehen würde. — Man sieht, daß die Hochschulwirklichkeit ein kompliziertes Gebilde insichgreifender und sich bedingender Momente ökonomischer, arbeitsmarktpolitischer, stipendienmäßiger, universitätsorganisatorischer etc. Art darstellt — einen Teufelskreis, der über eine Universitätsreform nur dann in den Griff bekommen werden kann, wenn diese Reform gleichzeitig von tiefgehenden Eingriffen in die Produktions- und Reproduktionsstruktur der Gesellschaft begleitet wird.

Auf der Basis der skizzierten Entwicklungen können als soziale Ursachen der Bewegung drei Faktoren benannt werden:

- a) Die *Lebenssituation* der Studenten, d.h. die Wohnungsnot, die Freizeitmisere, die allgemeine Perspektivlosigkeit, ihre Vereinzelung und Ghettoisierung in den großen Städten, die Verarmung breiter Schichten von ihnen.
 - b) Die *Studienbedingungen*, die die Universitätsfülle, das Mensaproblem, der Mangel an kulturellen und kommunikativen Einrichtungen, die klientelare Verfilzung besonders an den Universitäten des Südens.
 - c) Die *Berufsperspektive*, d.h. die relative Gewißheit, nach Abschluß des Studiums keinen der Qualifikation entsprechenden Arbeitsplatz zu erhalten, sich also auf einem Akademikerparkplatz (oder besser -friedhof) zu befinden, den man z.T. gerade deshalb aufsuchte, weil keine Arbeitsmöglichkeiten aufzutreiben waren.
- Diese drei Faktoren stellen sich je nach Region, territorialer Herkunft und finanzieller Ausstattung des Studenten in unterschiedlicher Schärfe dar und betreffen insbesondere die aus dem Süden kommenden Jugendlichen, nicht nur weil die Arbeitslosigkeit im Mezzogiorno am größten ist (die Metropole Neapel ist sowohl die Stadt, die ca. 25 % der nationalen Arbeitslosen beherbergt, als auch der Ort, an dem sich die erste Organisation der arbeitslosen Akademiker bildete), die Berufschancen daher am geringsten sind, sondern weil sie — in die großen Universitätsstädte Mittel- und Norditaliens gezogen — das Objekt besonderer Ausbeutung, spekulativer Ge-

schäfte und Vereinzelung sind. Während die Bewegung von 1968 an der staatlichen Universität von Mailand, der „Statale“, begann und dort ihren Höhepunkt fand, wurde 1977 die erste Universität nicht zufällig im Süden, in Palermo, besetzt. Und die „fuorisede“ (d.h. die aus anderen Landesteilen zugereisten Studenten) stellen, zuweilen in besonderen Komitees organisiert, in den Universitäten Norditaliens einen wichtigen, oftmals sehr radikalisierten, Bestandteil der Bewegung dar. (Das hier angesprochene Problem verweist erneut auf die Tatsache, daß die italienische Bourgeoisie in ihrer 100jährigen Geschichte nicht das „historische“ Problem des Dualismus von Nord und Süd in der italienischen Gesellschaft zu lösen vermochte, der sich in den 50er Jahren in der Form der Bauernkämpfe des Südens, in den 60er Jahren bei den Arbeiterkämpfen des Nordens und heute in der Bewegung der Studenten reproduziert, ohne daß die Studentenbewegung freilich auf die Problematik des Dualismus reduzierbar wäre.)

Die Träger der Bewegung, die hier summarisch mit Studentenbewegung bezeichnet wird, können jedoch nicht mit den Hörern von Universitätsvorlesungen oder den an der Universität eingeschriebenen Studenten gleichgesetzt werden. Zu ihnen gesellen sich ganze Schichten des urbanen jugendlichen Proletariats und Subproletariats, all diejenigen, die ohne stabile Arbeit an den Rand der Gesellschaft gedrängt wurden und die in der Bewegung an den Universitäten einen Bezugspunkt für die Veränderung ihrer eigenen Situation erleben. Es wird daher oft anstatt des Begriffs „Studentenbewegung“ der Ausdruck „movimento dei non garantiti“ benutzt, d.h. die Bewegung all derjenigen, die in unabgesicherten Situationen leben, als Arbeitslose, zukünftige Arbeitslose, Teil- und Unterbeschäftigte, Schwarzarbeit Verrichtende und Arbeit Ablehnende.

Der politische Bezugsrahmen

7. Diese ökonomischen und sozialen Ursachen können natürlich den besonderen politischen Verlauf, die spezifische ideologische und theoretische Ausrichtung und die neuen Ausdrucksformen der Bewegung nicht erklären. Hinzu treten zwei Faktoren, die beleuchten, warum sich die Bewegung sofort in einem so scharfen Gegensatz zur traditionellen Arbeiterbewegung konstituierte:

– Die Unterstützung der christdemokratischen Regierung Andreotti durch die „historischen“ Parteien der italienischen Arbeiterbewegung KPI und PSI nach den Wahlen des 20. Juni 1976, die eine völlig neue und einmalige Lage auf der Ebene der Regierungsmacht schuf. Diese Transformation der KPI von einer Oppositionspartei zu einer Partei der Regierungsmehrheit ohne Regierungsmacht hatte zur Folge, daß auf der parlamentarischen Ebene eine Opposition gegen das fortbestehende Regime der DC nicht mehr klar sichtbar wurde, daß die KPI als Teilhaber und Komplize des *alten* Machtsystems erschien. Die sich außerhalb des Parlaments bildenden Massenbewegungen finden in den politischen Parteien einen nur noch sehr vermittelten und vorwiegend negativ bestimmten Bezugspunkt; eine parlamentarische Vertretung und Umsetzung der Forderungen der Bewegung ist

nur noch marginal gegeben.

- Die Studentenbewegung fügte sich in die Tradition politisch-theoretischer Verarbeitung der italienischen Realität durch die Neue Linke ein, eine Tradition, die hier nicht im einzelnen nachgezeichnet werden kann, die aber bestimmend durch die Kritik an der KPI und den Gewerkschaften gekennzeichnet ist. Zwar ist diese Kritik der gesamten Neuen Linken gemein, doch verstehen es einige Teile auch, die Grenzen dieser Kritik zu formulieren, um so zu einem kritisch-solidarischen Verhältnis mit der KPI zu gelangen, die immer noch als Hauptfaktor jeder möglichen Veränderung begriffen wird, während bei anderen Teilen der Linken die Ablehnung grenzenlos „nach links“ ausuferte und zu einer Strategie der Bekämpfung der KPI umschlug. Das geflügelte Wort Negris, er verstehe den Reformismus als eine Initiative, die die Arbeiterbewegung zum Motor der kapitalistischen Entwicklung machen will, ist ein frühes Resultat der zweiten Variante. Die Neue Linke muß sich heute zu Recht unter Anschauung der ideologischen Produkte der Studentenbewegung selbstkritisch fragen, ob sie nicht in der Vergangenheit hätte stärker auf die Auseinandersetzung mit verzerrten linken Positionen drängen müssen und ob sie nicht selbst eine gewisse Verantwortung für die jetzige KPI- und gewerkschaftsfeindliche Orientierung vieler Jugendlicher trägt.

Beide Momente – die Metamorphose der KPI zur Regierungspartei und die Mißdeutung dieser Metamorphose durch Teile der Linken – haben die entstehende Studentenbewegung entscheidend geprägt und den Rahmen abgesteckt, in dem sie sich bewegt.

8. Eine soziale Bewegung entsteht nie aus wirtschaftlicher Bedrängnis allein, sondern stets aus einem ganzen Ensemble ökonomischer, sozialer und politischer Motive, die sie teilweise erst im Verlauf ihrer Bewegung als solche erkennt und formuliert. Die Malfatti-Reform (d.h. die vom christdemokratischen Minister Malfatti eingebrachten Vorschläge zur Universitätsrestrukturierung) allein hätte wohl kaum eine solch breite Protestwelle hervorzubringen vermocht. Notwendige „Begleiterscheinungen“ waren die faschistischen Gewalttätigkeiten und die Repression der Polizei, die die Bewegung vom ersten Tag an umspannten, ja ihr sogar vorausgingen und ihren eigentlichen Geburtshelfer darstellten. Sie waren der unmittelbare Anstoß zum Entstehen der Bewegung und das Element, das ihr stets erneut auf ihre eigenen Füße verhalf.

Die Binnenstruktur der Bewegung

9. Die äußeren Merkmale der Bewegung sind zunächst ihre Heterogenität und ihre Strukturlosigkeit. Die Heterogenität – das Koexistieren verschiedenster Strömungen, organisatorischer Zusammenhänge und ideologischer Ausrichtungen – verbietet es eigentlich, von einer Bewegung an und für sich zu sprechen. Die verschiedenen Teilmomente konstituieren sich erst bei den und durch die großen Demonstrationen

immer wieder zu einer Gesamtbewegung, um danach erneut in die gleichen partikulären Bildungselemente zu zerfallen. Dieses Phänomen der Atomisierung der Bewegung hängt eng mit dem der inneren Strukturlosigkeit zusammen. Da es die Bewegung aus politisch-ideologischen Gründen ablehnt, Diskussions- und Entscheidungsstrukturen herauszubilden, die vom Prinzip der Vollversammlungs-Entscheidungen abweichen – also Delegationsstrukturen, seien sie auch räteartig –, kann sich eine Kontinuität nur durch die Durchführung gemeinsamer Kampffaktionen herstellen. Die bestehenden politischen Kollektive und Parteien gewinnen so eine besondere Bedeutung für die Entscheidungsfindung, da sie der einzige Ort sind, an dem tatsächlich kontinuierlich diskutiert wird und die gewonnenen Erfahrungen kollektiv aufgespeichert werden; sie stellen die eigentliche Verkörperung der Kontinuität dar (ihrer eigenen freilich), während die große Masse der Einzelindividuen und -gruppen mehr über einen gemeinsamen Erfahrungszusammenhang verfügt, insofern sie in einer Verbindung mit den durchgeführten Kampfmaßnahmen stehen. Dies gilt umso mehr, als die Anlässe zu Aktionen zumeist durch Polizeiprovokationen vorgegeben werden. Die Bewegung verflacht damit zu einer Art Movimentismus, indem sie sich nur noch reaktiv auf von außen gesetzte Ereignisse verhält – die damit in Inhalt und Ebene gesetzt sind – und sich durch diese Reaktionen ohne innere Strukturierung als Bewegung zu konstituieren versucht. Die Existenz zweier nationaler Diskussions-tagungen sowie des Kongresses von Bologna kann dieses Urteil nicht aufheben. Ein Mailänder Genosse formulierte auf der Bologneser Zusammenkunft: „Der Wert unserer Bewegung kann nicht darin bestehen, ein großer monolithischer Block zu sein, sondern aus sehr vielen kleinen Gruppen zu bestehen, die sich auf ihre Weise auf den Rest der Gesellschaft beziehen ...“ Hier wird nicht nur ein Bewußtsein des „wir und der Rest der Welt“ formuliert, sondern die Atomisierung der Bewegung auch noch zur endlich gefundenen Lösung des Organisationsprinzips erhoben; der Movimentismus ist nicht schlecht, sondern gut!

Ein weiteres Merkmal, das genauer ihr inneres Selbstverständnis benennt, liegt in der starken Betonung des Persönlichen und des Privaten, der Umwälzung der Verhaltens- und Verkehrsformen, der Ausbildung einer neuen Kommunikation etc. Diese Thematisierung „kulturrevolutionärer Momente“ macht zweifellos die Anziehungskraft und Stärke der Bewegung aus; auf die einfache Formel „stare insieme e essere felice“ gebracht (etwa: zusammen sein und sich gut fühlen) drückt sie zugleich eine apolitische Gefahr, eine Überbetonung des Persönlichen und eine Abkehr vom Politischen aus. In diesem Falle stellen sie eine abstrakte Negation der durchaus umwälzungsbedürftigen traditionellen Parteipolitik dar, die aus dem Kritikprozeß heraus bestimmte Kritikpunkte vereinseitigte. Dennoch ist die Wiederentdeckung und systematische Verwendung von Ironie, Expressivität und Kreativität als Mittel politischer Darstellung und Vermittlung zunächst positiv zu beurteilen, stellen sie doch u.a. eine Anknüpfung an noch wirksame Elemente der regionalen italienischen Volkskultur dar, wie sie beispielsweise im napoletanischen Theater weiter lebendig sind. Wichtige Erfahrungsmomente, wie sie in dem auch in der BRD bekannten Buch „Porci con le ali“ („Schweine mit Flügeln“) beschrieben werden, drücken die reale Interessenslage bestimmter Schichten von Jugendlichen aus, die

für eine sozialistische Politisierung als solche auch ernst genommen werden müssen. Die von Agnes Heller formulierte und in Italien bereitwillig aufgenommene „Theorie der Bedürfnisse“ zeichnet sich durch eine erfrischende Radikalität aus, die gerade als Komponente einer Überwindung ökonomistischer und deterministischer Marxismus-Verständnisse verstanden werden kann.

Doch die von der Bewegung dargebotenen Verhaltensformen, der purzelbaumschlagende Clown unter den bologneser Arkaden, der bemalte und vor dem großen Autobus auf der Straße sitzende Gitarren-Spieler in der Via Zamboni, drücken zugleich eine gehörige Portion Resignation vor einer für unveränderbar gehaltenen feindlichen Umwelt aus. Wie anderenorts richtig festgestellt wurde, beinhaltet die Identifikation mit dem „roten Manne“, das Wiederaufgreifen der Indianerrolle, auch das diffuse Bewußtsein von der Nichtveränderbarkeit der gesellschaftlichen Realität, von der Unüberwindbarkeit des Klassegegners. Insofern produzieren diese Vorstellungen falsches Bewußtsein, indem sie zu einer Abschottung von den anderen gesellschaftlichen Realitäten führen, zu einer Suche der Stärke in der Betonung der inneren Gemeinsamkeiten.

Die kulturrevolutionären Elemente formulieren sich nicht zu einer „kulturrevolutionären Perspektive“ aus, zu einem revolutionstheoretischen Gesamtentwurf, sondern verfestigen sich zu vereinzelt Elementen einer politischen Subebene; die „Wiederaneignung des Lebens“ wird nicht zu einer Revolutionierung der Lebensformen der Gesamtgesellschaft, sondern bleiben in dem berechtigten, aber nicht ausreichenden Bedürfnis stecken: „Eine Kultur schaffen, uns kennenlernen, vergnügen“. Eine Konzentration auf das Innenleben, während die Außenwelt fertig abgeteilt nicht mehr zur Diskussion steht. Es ist klar, daß eine solche Optik nicht auf die Herausbildung vereinheitlichender organisatorischer Strukturen drängen kann. Sie ist vielmehr das Komplementär zur Strukturlosigkeit und findet in der unbestimmten Autonomie der Kleingruppen den Raum, in dem sie sich am besten entfalten kann.

10. Zu Selbstverständnis und Organisationsweise gesellt sich schließlich ein drittes Element, das mit den ersten beiden vollständig harmoniert: es ist die Negativbestimmtheit der Bewegung, das Fehlen fast jeglichen „konstruktiven Moments“. Die Studenten lehnen die Universität, die bürgerlichen Lebensformen, die politischen Parteien, die kapitalistische Produktionsweise und die Gesellschaft überhaupt mit großer Radikalität ab. Ihre Kritik ist eine globale: Berlinguer hat bei ihnen nicht mehr zu lachen als Andreotti. Sie ist gleichzeitig eine undifferenzierte und begriffslose: Die KPI ist im besten Falle eine bürgerliche, im schlechtesten eine sozialdemokratisch-stalinistische Partei (nicht eine sozialfaschistische, wie es die entrücktesten bundesdeutschen K-Gruppen sagen würden!). Sie ist aber vor allem eine Kritik, die es nicht vermocht hat, ihren negierenden Charakter zu überwinden, um zu einer konstruktiven Vorstellung über das zunächst Anstrebare voranzuschreiten. Die Kritik bleibt auf halbem Wege stecken und verharrt in ihrer Ablehnung.

Ein ökonomisches Programm bzw. eine Perspektive der Hochschulreform wurden nicht formuliert. Ansatzpunkte bei der Veränderung der Universitätsstruk-

tur wurden nicht gesehen. Die einzige Veränderungsmöglichkeit wird in der Revolutionierung der Gesamtgesellschaft gesehen, eine Revolutionierung jetzt und sofort und nach der Art des bewaffneten Aufstandes. Daher die starke Tendenz der Bewegung, sofort über den Rahmen der Hochschule hinauszugehen, ja die Universitätsprobleme unbearbeitet hinter sich liegen zu lassen. Diesen Schritt einmal vollzogen, traf sie relativ schnell auf jene Kräfte, die in der „äußeren Gesellschaft“ herrschen: die Polizei. Polizei und Innenminister wurden so zum bevorzugten Interakteur der Bewegung. Die Überbetonung der Repression ist eine zwangsläufige Folge der Vernachlässigung der Universität.

Die Negativbestimmtheit, verbleibt sie in den engen Grenzen der Ablehnung, erlaubt es nicht, konkrete Schritte zur Überwindung der Ausgangslage zu entwickeln. Perspektivlosigkeit und Maximalismus reichen sich die Hände. Die Empörung gegen die Verhältnisse verfängt sich in der Scheinalternative von Revolution und Resignation. Sie wird nicht zu einer gesellschaftlich relevanten Kraft, die eine Ausstrahlung auch auf andere Bereiche der Gesellschaft auszuüben vermag.

Diese „realpolitische Phantasielosigkeit“ hat aber einen realen Hintergrund, der in der objektiven Schwierigkeit der Herausbildung einer gangbaren Perspektive liegt. Diese Perspektive muß aus dem Dilemma herausfinden, daß das System ökonomisch immer mehr Menschen die Möglichkeit eines menschenwürdigen Daseins raubt, deshalb aber politisch noch nicht als ganzes überwindbar ist. Das Drängen auf revolutionäre Veränderungen drückt das Bewußtsein aus, daß es für die Masse der Jugendlichen ohne *radikale* Änderungen der italienischen Gesellschaft keine Zukunft geben kann. Aber das Verlangen nach „Kommunismus – jetzt“ beinhaltet eben noch nicht eine Strategie zur Erreichung desselben, schafft noch nicht die politischen Bedingungen seiner Verwirklichung. Es ist nicht nur ein Ausdruck der Krise der bürgerlichen Gesellschaft, sondern auch der Krise sozialistischer Politik, die das Dilemma nicht – die Ausrichtung der Jugendbewegung zeigt es – in eine realistische und massenwirksame Strategie auflösen konnte.

Die Problematik der Ablehnungshaltung kommt besonders stark bei der schematischen Negierung der KPI als Partei, als Strategiekonzept und als tagtägliches Verhaltensmuster zum Ausdruck. Die Ideologie des „Dissens gegen den Historischen Kompromiß“, wie sie sich auch im „Appell der französischen Intellektuellen gegen die Repression in Italien“ ausdrückt (unterzeichnet u.a. von Deleuze, Foucault, Guattari, Macciocchi, Sartre und zuerst veröffentlicht in „Lotta Continua“ vom 7.77), geht von einem bereits realisierten Regime des Historischen Kompromisses aus, gegen dessen repressive soziale Kontrolle und Macht- und Pfründeteilung die jugendlichen Proletarier und intellektuellen Dissidenten rebelliert haben. Der Kampf der „vom Historischen Kompromiß Vergessenen“ richtet sich gegen diesen Kompromiß selbst, weil er als Moment der bürgerlichen Herrschaftssicherung begriffen wird, der mit der proletarischen Emanzipation nichts mehr zu tun hat. Der Versuch, die traditionelle Arbeiterbewegung „von links“ zu überholen, folgt aus dieser Einschätzung als ungeschriebene Konsequenz. Die Bedeutung, die ein Regierungseintritt der KPI haben könnte, und die Widerstände, die ihn bisher verhinderten, die also das Zusammengehen von DC und KPI gerade vereitelten, können so gar nicht mehr ge-

faßt werden. Die Legitimierung der Repression durch die KPI wird als Indiz dafür genommen, daß sie sie selbst ausübt (nach dem Motto: „Im entscheidenden Moment reduziert sich die Partei auf den Panzer“). Es ist letztendlich eine Orientierung an Phänomenen. Der kurze Zeit später publizierte „Appell der italienischen Intellektuellen“, getragen von Lombardi, Natoli, Foa, Cortesi, Stame und anderen, betont auch die Ablehnung der Repression, verweigert sich aber gerade einer Orientierung der frontalen Ablehnung der Kommunistischen Partei.

KPI und Movimento

11. Ging es in den vorherigen Überlegungen darum, das Verhältnis Partei – Studenten aus der Optik der Bewegung zu beschreiben, so soll jetzt der umgekehrte Blickwinkel der KPI skizziert werden. Die KPI ist nicht nur auf dem Felde der Hochschule, der Jugend und der jugendlichen Arbeitslosigkeit tätig, sondern hat sich in die Poren der gesamten Gesellschaft eingegraben. Die Studentenbewegung kann daher nicht der Nabel sein, um den ihr ganzes Denken, ihre ganze politische Aktion, kreist. Andere gesellschaftliche Bereiche dürfen nicht aus den Augen verloren werden. Der entscheidende Kampfplatz ist nicht die Hochschule, sind nicht die Straßenzüge von Rom. Die KPI hat die verschiedensten gesellschaftlichen Realitäten vor Augen; es verwundert daher nicht, daß sie die Bewegung anders aufnimmt, als jene es selbst tut.

Das Ausmaß allerdings, mit dem die Partei die Bewegung wahrnimmt, und die Bedeutung, die sie ihr zumißt, unterscheidet die verschiedenen Tendenzen innerhalb der KPI. Ist sie für die einen eher ein Verunsicherungsfaktor und eine Gefahr, die die eigenen Projekte zu behindern droht, so stellt sie für die anderen mehr eine Herausforderung dar. Die Namen Berlinguer und Lama sowie Ingrao und Trentin verkörpern diese beiden Tendenzen. Die erste entwickelt eine funktionale Betrachtungsweise nach dem Schema: Wenn die Bewegung einen Faktor darstellt, der die Regierungsbeteiligung der Partei erschwert, dann kann sie nicht fortschrittlich sein ... Die zweite guckt mit den Augen des Historischen Kompromisses durch das Brennglas eines zu konstruierenden antikapitalistischen Blocks: Gelingt es der Partei nicht, diese neuen Bedürfnisse und die Schichten, die sie tragen, in sich aufzunehmen, welche Erfolgchancen kann die Arbeit der Partei und ihr Eintritt in die Regierung dann haben. Es handelt sich zwar nur um Tendenzen einer Gesamtpartei, aber um Akzentverschiebungen in der Wahrnehmung, die eine entscheidende Differenz ausdrücken.

Die KP-Haltung gegenüber den Studenten reicht von verständnisvoll-ermahnend bis feindlich-ablehnend. In der Parteipresse wird das Problem der Jugendrevolte vor allem unter dem Blickwinkel der Hegemonie gesehen. Die von der Bewegung ausgedrückten Bedürfnisse erscheinen dort als „Verteidigungsformen des sozialen status quo der Mittelklassen“, als das Festhalten an traditionellen Lebensmodellen, als Fortdauern einer alten Werthierarchie. Diese ideologischen Formen werden als grundsätzlich negativ begriffen. Universitätsproblem und Jugendfrage können ihrer Meinung nach nur als Bestandteile des Gesamtprojekts der Gesellschaftstransformation

abgehandelt werden. Anstatt der Gesellschaft die unbefriedigten Bedürfnisse und Erwartungen entgegenzuhalten und auf ihre Befriedigung zu pochen, müsse umgekehrt von den Möglichkeiten der sozialen Erneuerung ausgegangen werden, von der komplexen Strategie der Arbeiterklasse und ihrer Partei, um ihnen die Befriedigung der unmittelbaren Bedürfnisse unterzuordnen. Alle anderen Wege führen in eine Sackgasse oder zu neuen Formen des Korporativismus, der Privilegienverteidigung, der Versorgungsmentalität („assistenzialismo“, „garantismo“), die die Grundlage für neue Varianten des Antikommunismus darstellen. Hier ist die KPI-Argumentation das genaue Gegenteil von der der Studenten: Fordern jene eine Veränderung mit unmittelbaren Resultaten für die heutige Gegenwart, ohne sich um ihre Bedingtheiten zu kümmern, so verfolgt sie ein langfristiges abgewogenes Übergangskonzept, in dem die konkrete Existenz der Jugendlichen in der Form eines „objektiv drängenden und zu lösenden Problems“ der Dynamik der Realpolitik einverleibt wird, die auf die Tagesnöte nur noch sehr vermittelt eingehen kann.

Wurden 1969 die Studentenfürher vom damaligen Parteisekretär Longo empfangen, so würde sich Berlinguer heute lieber vom Papst empfangen lassen. (Dies soll kein bedeutungsloser Witz sein: die katholischen Mittelschichten sind der Partei aus verständlichen Gründen wichtiger als die brotlosen Studentennmassen. Jene kann man mithilfe einer langfristigen Strategie gewinnen, diese tauchen unvermittelt und mit großem Getöse aus ihrem universitären Dämmerdasein auf und überraschen die Partei.) Obwohl die KPI die Giftwolke des Hochschulchaos herannahen sah, stand sie ihrer Entladung unvorbereitet gegenüber. Dieses überraschende Unvorbereitetsein kann nur damit erklärt werden, daß ihre Energien und Interessen seit dem 20. Juni 1976 auf andere Ziele gerichtet waren. Ein später selbstkritisch eingestandener Rückstand, der den negativen Zug ihrer ersten, unmittelbaren Reaktion beeinflußt haben mag. Je mehr die Bewegung als Störmanöver des reaktionären Gegners begriffen wird, desto größer die Versuchung innerhalb der Partei, die Jugendlichen zunächst als Problem der öffentlichen Ordnung abzuhandeln. Je verantwortlicher das Handeln der Bewegung, desto größer die Parteineigung, sie als soziales Problem anzuerkennen und sich ihrer Anliegen anzunehmen.

Wie kommt es aber, daß die KPI für große Teile der Jugendlichen so unattraktiv ist? Welche Elemente weist die Aktion und Programmatik der Partei selbst auf, die ihre Anziehungskraft auf Studenten und Arbeitslose mindert oder zerstört? Es sind im wesentlichen zwei: Ihr ökonomisches Übergangsprogramm enthält für jugendliche Arbeitslose wenig Perspektiven; ihr politisches Verhalten wird als nicht-demokratisch und repressiv empfunden.

a) Die wirtschaftlichen Transformationsvorstellungen der KPI sind in anderen Publikationen ausführlich dargestellt worden (siehe Verlagsprogramm VSA sowie die Debatte in der *Prokla*). Die Überwindung des Beschäftigungsproblems soll durch die in einen „neuen Typ gesellschaftlicher Entwicklung“ eingebettete Ausweitung der produktiven Basis und die Aufwertung der „sozial nützlichen Arbeit“ gefunden werden. Dieses Konzept – sollte es überhaupt zu seiner Realisierung kommen – ist allerdings auf lange Zeiträume angelegt. Die Erweiterung der produktiven Basis kann die normale (nicht konjunkturelle) Massenarbeitslosigkeit

zwar graduell vermindern, aber auf absehbare Zeit nicht beseitigen. Ob die Verwirklichung dieses Konzepts kurzfristig die politisch notwendigen spürbaren Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt haben würde, ist zunächst völlig unbestimmt. Es kalkuliert das Fortbestehen eines hohen – wenn gleich sich stetig vermindern den – Arbeitslosensockels mittelfristig mit ein. Eine schlagartige Herstellung der Vollbeschäftigung liegt nicht in seinen Möglichkeiten.

Diese Problematik gilt besonders für Jugendliche mit akademischer Ausbildung. Adäquate Arbeitsmöglichkeiten von Universitätsabgängern sind zum großen Teil über den staatlichen Apparat vermittelt; sie finden als Lehrer, Mediziner, Juristen, Ingenieure etc. im sozialen Sektor oder in anderen Bereichen der öffentlichen Verwaltung Beschäftigung. Die Ausdehnung kann aber aufgrund von Charakter und Schranken der Staatsausgaben nicht unbegrenzt vorangetrieben werden. Sozialausgaben dienen nicht der Produktion von Reichtum, sondern der Reproduktion der Arbeitskraft; sie haben einen konsumtiven und keinen produktiven Charakter. Daß sich das Niveau staatlicher Reproduktionsleistungen in Italien nicht auf europäischem Standard bewegt, ist auch und vor allem Ausdruck der unentwickelten Leistungsfähigkeit des italienischen Kapitalismus. Selbst bei sofortiger Liquidierung von Korruption, Pfründenwirtschaft und Klientelwesen wäre dieser Standard unter kapitalistischen Verhältnissen nur in einem langwierigen Prozeß industrieller Entwicklung erreichbar. Aber die Wiederbelebung und Ausweitung der Wirtschaftstätigkeit (die zu einer Vermehrung industrieller Arbeitsplätze führen würde) ist ja gerade das Ziel, dem das Gros der Staatsmittel zufließen soll. Kann unter diesen Bedingungen das Teilungsverhältnis von produktiven und konsumtiven Staatsausgaben so beschaffen sein, daß die Entwicklung der sozialen Infrastruktur ein großes Auffangbecken für jugendliche Akademiker wird?

Die Absorptionsmöglichkeiten scheinen auf diesem Gebiet höchst unklar und problematisch zu sein. Der Logik der Sachzwänge folgend konzentriert sich die KPI zunächst auf die Schaffung der Bedingungen einer jugendlichen Vollbeschäftigungspolitik. Bevor der Reichtum über den Staat redistribuiert werden kann und beschäftigungswirksam wird, müssen die Bedingungen seiner Produktion geschaffen werden. Diesen sich stets erweiternden Produktionsprozeß zu ermöglichen und zu gewährleisten ist das Ziel, auf das sich das allgemeine Wirtschaftsprogramm der KPI darum konzentriert, weil es die Voraussetzung jeder sozialen Verbesserung und jeder Hebung des Lebensstandards darstellt. Spürbare kurzfristige Verbesserungen kann die Partei den Jugendlichen nicht anbieten. Damit sind ihre Möglichkeiten, sich über den Weg einer realistischen ökonomischen Argumentation Gehör zu verschaffen, bedeutend eingeengt.

- b) Weit verheerender waren aber ihre Schritte auf dem Felde der politischen Demokratie. Sich mit der Christdemokratischen Partei in einem prekären Gleichgewicht befindend, fand sie gegen die scharfen Repressionsmaßnahmen, die die Regierung Andreotti gegen die Bewegung ergriff, keine angemessenen Worte des Protestes mehr. Es schien, als halte sie die Anwendung polizeilicher Repressionsakte für einen notwendigen und geeigneten Bestandteil einer Politik der Lösung der Jugendfrage, als ein Mittel, auf das der demokratische Staat zur Verteidigung der

republikanischen Institutionen nicht verzichten könne. Ihre früheren Bedenken gegen freiheitseinschränkende Gesetze gab sie unter dem Druck der Verhältnisse auf; präventive Verhaftungen und Telefonüberwachungen können nach der Modifizierung des „legge Reale“ als legitime Maßnahmen zur Verteidigung der antifaschistischen Ordnung gelten. Diesem Prozeß der Aushöhlung demokratischer Rechte – in Italien mit dem Stichwort „germanizzazione“ benannt – setzte die Partei einen wesentlich reduzierteren Widerstand entgegen, als dies früher der Fall gewesen war. Dieses parlamentarische Verhalten mit seinen legislativen Folgen verdeutlicht, daß sich im Zuge des Jugendprotestes das Selbstverständnis der KPI über das Verhältnis Partei – soziale Massenbewegung verändert hat.

Die KPI hat durch ihre Argumentation und ihr Verhalten eine ganz direkte und unmittelbare Verantwortung auf sich geladen, die die gegen sie gerichtete Verbitterung der Studenten miterklärt. Daß Skepsis und Gleichgültigkeit in militante Ablehnung und Haß umschlagen konnten, ist auch ihr Werk. Durch ihre Enthaltungspolitik gegenüber der Regierung Andreotti in den Augen der Jugendlichen unglaublich geworden, keinen realistisch erscheinenden Ausweg aus der Arbeitslosigkeit aufzeigend, verspielte sie durch das Aufweichen ihrer Funktion als demokratisches Schutzschild ihren letzten Kredit bei der Bewegung. Die KPI hat eindrücklich erfahren, welche Schwierigkeiten es bereitet, „sowohl Regierungspartei als auch Partei des sozialen Kampfes“ sein zu wollen.

Ein „giolittianisches Projekt“ der italienischen Bourgeoisie?

12. Aber die italienische Gesellschaft besteht nicht nur aus Autonomisten und Partei-Kommunisten. Die Polemik zwischen KPI und Bewegung spielt sich im Rahmen einer gesamtgesellschaftlichen Klassenauseinandersetzung ab, die noch einige Komponenten mehr enthält. Es drängt sich daher die Frage nach der spezifischen Rolle und Funktion der Studentenbewegung und ihres Spannungsverhältnisses mit der KPI in dieser politischen Gesamtsituation auf, eine Frage, die oftmals gar nicht mehr gestellt wird oder aber – wie oben angedeutet – funktional und schematisch beantwortet wird.

Auch das italienische Kapital hat einen Willen. Er ist weder einheitlich noch drückt er sich in einer – „seiner“ – politischen Partei aus. Dennoch besteht er in der Überzeugung, die materiellen Voraussetzungen ihrer eigenen Reproduktion als Klasse gewährleisten zu müssen; der Christdemokratischen Partei fiel dabei in der abgelaufenen 30jährigen Periode die Funktion des Zusammenhalts der Gesellschaft als kapitalistischem Reproduktionszusammenhang zu. Die Klassenauseinandersetzung verlief in dieser Periode – zugespitzt auf die politischen Organisationen – zwischen der DC und der KPI als Repräsentanten zweier antagonistischer Klassenblöcke. Daran hat sich bis heute grundsätzlich nichts geändert.

Durch den Verlauf der Ereignisse ist relativ klar geworden, daß die Christdemokratische Partei über den Staatsapparat den Versuch unternimmt, die Studentenbewegung gegen die KPI zu instrumentalisieren. Damit ist der Jugendbewegung der widersprüchliche Ort zugemessen, den sie im Rahmen der gesamtgesellschaftlichen Auseinandersetzung einnimmt. Diese Feststellung steht in dem Rahmen, daß im heutigen Italien konkret der Versuch einer „subalternen Integration“ der KPI seitens der DC in einen bürgerlichen Reproduktions- und Herrschaftszusammenhang beobachtet werden kann. Ein *Versuch* wohlgemerkt, der die politische Absicht beschreibt und nicht eine realisierte Bewegung ausdrückt. Es ist der Versuch einer „giolittianischen Lösung“, das Bestreben der Transformation der (Arbeiter-)Opposition in Regierungsbe-

standteil durch Integration der politischen Spitze und Kompromißpolitik mit deren sozialer Basis unter Ausgrenzung bestimmter sozialer Schichten, denen der ökonomische Preis der Krisenbewältigung aufgebürdet wird. Die Grundlage einer solchen Operation besteht in der durch die Wahlen des 20. Juni 1976 geschaffenen Kräftekonstellation auf parlamentarischer Ebene. Da das bürgerliche Lager gegen die Linke nicht regieren kann – und die Linke überdies nicht gegen die DC regieren will –, muß sie die Linke, will sie sich von ihr nicht regieren lassen, selbst dadurch regieren, daß sie ihr das Rückgrat bricht und sie integriert. Dies ist der mögliche Mittelweg der Bourgeoisie zwischen autoritärer Stabilisierung und sozialistischer Transformation.

Dieser Versuch stellt unter den aktuellen Kräfteverhältnissen die einzige Möglichkeit der bürgerlichen Kräfte dar, dem System der Mehrwertproduktion eine halbwegs entsprechende politische Form zu geben. Er trifft aber auf eine Arbeiterklasse, die ihm aufgrund des gewonnenen Standes an Klassenerfahrung nicht funktional ist. Diese Nicht-Funktionalität gilt auch für die Gewerkschaften und die KPI. Das Projekt muß versuchen, diese aus der Arbeiterbewegung hervorgegangenen Widerstände zu brechen. Ob es gelingen kann, ist durchaus zweifelhaft, aber die Instrumente sind vielfältig: internationaler Druck, ökonomische Disgregation, politische Erpressung (in Bezug auf diesen Maßnahmenkatalog kann das Lehrstück der Bildung der Mitte-Links-Regierung in den 60er Jahren doch sehr instruktiv sein: die reaktionären Kräfte gingen bis zur Drohung des Bürgerkrieges und des völligen Abschaffens der demokratischen Freiheiten, um die Durchsetzung bestimmter PSI-Initiativen abzublocken.) An dieser Stelle ist der Versuch feststellbar, die Studentenbewegung zu einem Vehikel dieser Bemühungen zu machen. Durch ein bestimmtes politisches Verhalten soll sie in eine Situation gebracht werden, die der KPI so viel wie möglich schadet: sei es, indem verschiedene Bevölkerungsteile oder Abteilungen der Linken gegeneinander aufgespalten werden, sei es, indem die KPI in eine Zwangslage gebracht wird, in der sie durch ihre Aktion bestimmte Verbündete oder potentielle Verbündete verschreckt, sei es, indem sie ihre eigene soziale Basis disgregiert.

Mit diesem Erklärungsansatz soll keinen agententheoretischen Versionen das Wort geredet werden. Jede politische Partei kann nur an die Tendenzen anknüpfen, die in der Gesellschaft real vorhanden sind. Bei der Ausbeutung dieser Tendenzen, bei ihrer Umsetzung in politische Aktion, hat sie allerdings einen breiten Spielraum. Die DC wußte, daß die dem 20. Juni folgende Situation ein zerbrechliches Gleichgewicht darstellte. Ein Eintritt der KPI in die Regierung war auf absehbare Zeit nicht auszuschließen. Die DC mußte die ihr verbleibende Zeit nutzen, das reale Kräfteverhältnis so zu verändern, um entweder den Kelch der Machtteilung an sich vorübergehen zu lassen, oder aber die Gegebenheiten der Regierungsbeteiligungen so zu gestalten, daß sie für die KPI am ungünstigsten ausfallen, ihre Bewegungs- und Durchsetzungsmöglichkeiten maximal verengen. Die Instrumentalisierung der Studentenbewegung erlaubte es ihr, den Ort der eigentlich drängenden Auseinandersetzung – die Wirtschaftspolitik, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit – scheinbar in den Hintergrund treten zu lassen, um das Problem der öffentlichen Ordnung hochzuspielen, wohl wissend, daß sie ihren Gegner dabei in eine Auseinandersetzung verwickelt, in der er sich fast nur noch defensiv und nicht mehr vorwärtstreibend bewegen kann.

Kreative und organisierte Autonomisten

13. Diese Instrumentalisierungsversuche konnten nur gelingen, weil die innere Struktur der Studentenbewegung diese Möglichkeit überhaupt zuließ. Zwar zerfällt die Bewegung in hundert Grüppchen und Komponenten, aber dennoch lassen sich zwei große Bereiche ausmachen, in die sie grob betrachtet zerfällt: Es sind zwei Arten von Autonomisten mit jeweils sehr verschiedenen Politikverständnissen, die nicht zwei Seelen in einer Brust vorstellen, sondern eigentlich zwei ganz verschiedene Körper. Über die „kreativen Autonomisten“, die den numerisch am weitaus größten

Bereich darstellen, wurde im Abschnitt über die Binnenstruktur bereits ausführlich gesprochen. Auf die „autonomia organizzata“, die organisierten und „militarisierten Autonomisten“, soll im folgenden noch kurz eingegangen werden.

Als kulturell-theoretischen Ausdruck beider großer Strömungen können die Zeitschriften „Ombre rosse“ sowie „Rosso“ gelten, an denen sich auch die Unterscheidungsmerkmale der Komponenten der Bewegung ablesen lassen. Sie bestehen in der Frage der Organisation sowie in Intensität und Ausmaß der Gewaltanwendung gegen den Staatsapparat. Die „Kreativen“ lehnen es ab, sich in lauter kleine „soldatini“ zu verwandeln, eine militärische Mentalität und Betrachtungsweise anzunehmen, die nur dann wirkungsvoll in die Praxis umgesetzt werden kann, wenn sie mit einer entsprechend straffen Organisationsweise korrespondiert. Der Avantgarde-Anspruch der „Militarisierten“ ist ihnen fremd.

Existieren so zwischen den beiden Bereichen mehr Elemente, die sie auseinanderdividieren, als sie vereinen, so wurde ihr Zusammenhalt lange Zeit von „Lotta Continua“ hergestellt. Als auf ihrem letzten Kongreß im November 1976 der Fehlschlag ihrer „leninistischen Wende“ sichtbar wurde, begann die Organisation, in ihre Teilmomente zu zerbröckeln. Mit dem Entstehen der Studentenbewegung löste sie sich – unter Aufrechterhaltung bestimmter organisatorischer Strukturen – in die Bewegung hinein auf; ihre Tageszeitung wurde zum Sprachrohr des aufkommenden Protests. „Lotta Continua“ gehört eigentlich dem kreativen Flügel der Bewegung an und stellt einen sehr einflußreichen, weil noch organisierten, Subbestandteil dieses Sektors dar; da sie aber auf die Einheit „der“ Bewegung drängte und sich selbst zur Brücke zwischen beiden Komponenten machte, geriet sie selbst in ein Spannungsverhältnis, das beispielsweise die Spaltung einiger Sektionen herbeigeführt zu haben scheint. Waren die organisierten Autonomisten für die KPI schlichtweg „Faschisten“, für die Manifesto-Gruppe „keine Genossen“, so wurden sie von Lotta Continua als „Genossen“ kritisiert, „die irren“. Drückt sich in dieser Ambivalenz der politischen Haltung die ganze Unklarheit über die einzuschlagende Strategie aus, über die eigene Daseinsberechtigung als politische Organisation, so erklärt sie gleichzeitig den Erfolg der Mitglieder dieser Organisation: Während die Studentenkader „Lotta Continuas“ führend in der Bewegung tätig waren, fristeten die anderen beiden Parteien der Neuen Linken, die „PdUP per il comunismo“ und „Avanguardia operaia“ (AO), ein eher marginalisiertes Dasein. Die Auflösungstendenzen „Lotta Continuas“ sowie die Spaltungen und Neuzusammensetzungen von PdUP und AO verdeutlichen, daß die Studentenbewegung parallel mit einer Identitätskrise der „traditionellen“ Neuen Linken einherschritt, ein Zusammenhang, der an anderer Stelle eingehender untersucht werden muß.

Die Studentenbewegung eröffnete andererseits eine Periode, in der die organisierten Autonomisten zum ersten Male wirkungsvoll an das Licht der Öffentlichkeit traten. Hatten sie sich in den vergangenen Jahren aus Abspaltungen und neuen Zusammenschlüssen langsam herausgebildet und eine eigene Ideologie entwickelt (an deren Entstehen die „paduaner Schule“ um Antonio Negri und Sergio Bologna großen Anteil haben), so wurden sie im Sommer 1977 ein wichtiger Bestandteil der Bewegung, bis sie sich im Herbst immer mehr in eine sektiererische Sackgasse manö-

vrierten. Auch sie stellen keinen einheitlichen nationalen Zusammenhang dar. Das von der bürgerlichen Presse ins Maßlose aufgebauschte Kollektiv der Via dei Volsci aus Rom, die Mailänder Gruppe um Oreste Scalzone, die bologneser Parteigänger „Bifos“, die Gruppen aus Padua sowie zahlreiche Kollektive aus Süditalien decken ein sich ungleichzeitig entwickelndes und spannungsgeladenes Spektrum ab, in dem auch die politischen Schwerpunkte verschiedenartig gesetzt werden. Die „Militarisierten“ besitzen einen engen, teilweise persönlichen, Kontakt mit bestimmten Sektoren der französischen Linksintellektuellen; das Abfassen des erwähnten „Appells der französischen Intellektuellen“ ist ihr Werk. Beziehungen zu den „Neuen Philosophen“ – wie von der KPI aus zweifelhaften Vereinfachungsgründen unterstellt – bestehen allerdings kaum. In ihrem Denken ist eher eine libertäre Komponente feststellbar. Zwei Momente sind in ihrem praktischen Verhalten hervorzuheben: Zum einen ihr organisiertes Auftreten bei Auseinandersetzungen mit der Polizei, der Gebrauch von Schußwaffen bei Straßenschlachten, das planmäßige Zerstören faschistischer Treffpunkte (bei diesen Aktionen wurden zwei Polizisten erschossen und ein unbeteiligter Passant in einer Bar verbrannt), sowie andererseits ihr sektiererisches, gewalttätiges und undemokratisches Auftreten bei Versammlungen und Demonstrationen der Bewegung selbst. Beiden Aspekten – Außenwirkung und Innenverhalten – kann man einen inneren Zusammenhang nicht absprechen. Ihre Kritik ist nicht nur an KPI und Gewerkschaften knallhart, sondern auch an „Lotta Continua“ beißend. Da die übrige Bewegung ihrer Einschätzung nach nicht radikal genug bzw. weiter in Illusionen befangen ist, demonstriert sie in Rom immer häufiger alleine. Der Isolierung als Strafe des Sektierertums entgehen also auch die harten Autonomisten nicht. Es ist hauptsächlich diese Komponente, mit der der bürgerliche Staatsapparat Politik macht.

Terrorismus und Klassenbewegung

14. Zwischen Studentenbewegung und Terrorismus gibt es keine unmittelbare Verbindung, noch eine einfache Identität. Trotzdem sind beide Phänomene insofern verbunden, als die Studentenbewegung zum einen Opfer bestimmter Formen des Terrorismus ist, und sie zum anderen selbst eine sich terroristischer Methoden bedienende Komponente enthält, die ihrerseits das Verbindungsglied zum eigentlichen „linken“ Terrorismus darstellt. Als „linker Terrorismus“ werden hier die klandestinen Gruppen (Rote Brigaden, Bewaffnete Proletarische Zellen etc.) bezeichnet, die eine linke Vergangenheit haben und deren Mitglieder und Freunde in dem Bewußtsein agieren, einen sozialen Befreiungskampf zu führen. Allerdings sind ihre Aktionen – etwa die sich häufenden Pistolenattentate auf Journalisten, denen die Beine zerschossen werden – immer weniger von den Anschlägen polizeilicher oder faschistischer Phantomgruppen (etwa „Prima linea“) unterscheidbar; das Kriterium ihrer Einordnung und Unterscheidung wird die Funktionalität ihrer Aktion.

Von den klandestinen Gruppen ist die „autonomia operaia organizzata“ zu unterscheiden, die weder in Aktionsformen, noch in der Theoriebildung, noch in ih-

rer Wirkungsweise mit den Roten Brigaden konform gehen. Die militarisierten Autonomisten stellen darum das Verbindungsglied zwischen „linkem Terrorismus“ und Bewegung dar, weil sie zwar in der letzteren agieren, aber zum ersteren ein ungebrochenes kritisch-solidarisches Verhältnis haben. Sie unterwerfen zwar die Form des bewaffneten Kampfes der BR einer Kritik, betreiben aber selbst eine andere Form derselben: nicht aus dem Untergrund heraus, sondern aus einer Situation der Halblegalität; nicht abgetrennt von der sozialen Bewegung, sondern aus ihrer Mitte heraus und unter ihrem Schutz.

Die Aktionsformen der „Militarisierten“ fallen daher auf die Bewegung der „Kreativen“ zurück. Der Staat reagiert so, als müßte er bei ihren Demonstrationen eine Anhäufung bewaffneter Banden bekämpfen. Er kann dies tun – und tut es exzessiv – weil er die Legitimation seines Handelns aus der Aktion eines Teils der Bewegung selbst bezog. Das Handeln dieses Teils bewirkt, daß die Bewegung als ganze Opfer der Polizeirepression wird – mit der Folge, daß die verschiedenen Komponenten durch den äußeren Druck wiederum zusammengeschweißt werden, sich ihre innere Widersprüchlichkeit nur mühsam entfalten kann. Dies erklärt, warum die Bewegung nicht in der Lage war, ihre terroristische Komponenten abzuwerfen, um sich aus dem Teufelskreis zu befreien, in dem sie verstrickt war. Die terroristische Aktion war die Bedingung ihrer gesellschaftlichen Isoliertheit und die Voraussetzung der gegen sie gerichteten Repression, während die Repression die Voraussetzung und Legitimierung der Aktion der „harten“ Autonomisten darstellte. Die alte Koalition fand sich so stets erneut in der gleichen Isoliertheit zusammen, um die stets gleiche Bewegung zu vollziehen: Der Provokation folgte die Revolte der Empörten und das Zurückschlagen der Organisierten, um schließlich in der allgemeinen Repression unterzugehen, bis eine neue Provokation das Karussell erneut in Bewegung versetzte. Das Bewußtsein über diesen Funktionszusammenhang hat sich bei den Jugendlichen erst langsam durchgesetzt; der Ausscheidungsprozeß der militarisierten Autonomisten aus der Bewegung ist noch nicht abgeschlossen.

15. Zur Illustration dieses Sachverhaltes sei auf einen der letzten Kampfzyklen in der bewegten Geschichte der Bewegung verwiesen, der auch die komplementäre Wirkung des Auftretens der organisierten Autonomisten und des „linken Terrorismus“ verdeutlicht. Am 7. November wird der Sitz des Kollektivs der Via dei Volsci in Rom von der Polizei geschlossen und damit das Datum gesetzt, das eine Reaktion der Bewegung nach sich ziehen wird. In der Bewertung der Reaktionsmöglichkeiten gespalten, wird die Protestdemonstration der Bewegung von einem Verbot des Polizeipräsidenten getroffen. Am 12. November kommt es in Rom zu den üblichen, fast schon traditionellen Straßenschlachten, während in Turin ein Kommando der Autonomisten eine Bar mit Molotov-Cocktails bewirft und dabei „versehentlich“ einen unbeteiligten Passanten mitverbrennt. Noch während sich die verschiedenen Komponenten der Bewegung über diesen niederschmetternden Vorfall auseinandersetzen – die Reaktionen reichen von selbstkritischer Betroffenheit bis zu arroganter Selbstgefälligkeit (im Lager der Organisierten wird der Tod des Mannes als Problem man-

gelder organisatorischer Sorgfalt, als technischer Ausrutscher, übergangen und abgetan), schießt am Nachmittag des 16. November ein Exekutionstrupp, der sich nach eigenen Angaben den Roten Brigaden zugehörig fühlt, dem stellvertretenden Redaktionschef der zum FIAT-Konzern gehörenden Zeitung „La Stampa“ – Carlo Casalegno – vier Kugeln ins Gesicht. Casalegno stirbt 13 Tage später, am 29. November. Sein Tod kommt pünktlichst, um noch den größtmöglichen Effekt auf die zwischenzeitlich entbrannte Auseinandersetzung über die Opportunität der zentralen Streikdemonstration der Metallarbeiter am 2. Dezember in Rom, unter den Toren der Regierung und mit unabsehbaren politischen Folgen zu haben. Die KPI, auf eine Nichtabhaltung der Demonstration drängend, weil sie Provokationen und Straßenunruhen befürchtet, kann die Initiative der FLM nicht zurückschrauben. Der enorme Mobilisierungserfolg – 200 000 Arbeiter und Studenten in den Straßen von Rom – gewinnt sofort eine nationale politische Bedeutung und beginnt, die Grundlage der Einparteieregierung Andreotti zu unterminieren. Während sich die Studentebewegung der Arbeiterdemonstration anschloß, die Gewerkschaften durch ihr kämpferisches und zielstrebiges Auftreten die Jugendlichen aggregieren konnten, verweigerten sich die organisierten Autonomisten einem derartigen Zusammengehen und demonstrierten isoliert. Ihr lächerlicher Versuch, sich als 4000köpfige „revolutionäre Avantgarde“ der gewerkschaftlichen Massenmobilisierung gegenüberzustellen, scheiterte an dem Verhalten der Polizei, die sie die ganze kritische Zeit über in der Universität einschloß und so zum traurigen Fäusteschwingen verurteilte.

Aus dieser gedrängten Darstellung der Ereignisse eines knappen Monats wird nicht nur die zurückzerrende und rückwärtsgewandte Rolle der organisierten Autonomisten erkennbar, das klaffende Auseinanderfallen von Anspruch und Realität. Während die Bewegung im Verlaufe des Novembers in Positionsbestimmungen bzw. Abgrenzungsbewegungen gegenüber dem „linken Terrorismus“ verstrickt ist, mobilisiert sich das, was man als Klassenbewegung bezeichnen kann, auf einem ganz anderen Feld. Während die klassenkämpferischsten Teile der Gewerkschaftsbewegung, die FLM, ihre Demonstrationsvorschläge auch gegenüber Widerständen aus dem Lager der eigenen linken Parteien durchsetzen muß, befindet sich die Studentebewegung noch in einem Verdauungsprozeß des Pistolenattentats auf Casalegno. Bei ihr entscheidet die Bewertung des letzteren das Urteil gegenüber dem ersteren. Die Bewegung, die sich auf revolutionärem Vorposten der Gesamtgesellschaft wähnt, befindet sich tatsächlich in skandalösem Rückstand zur realen Klassenbewegung. Sie muß sich erst entscheiden, ob sie der einzigen Bewegung, die heute überhaupt Macht und Einfluß zur Durchsetzung sozialistischer Veränderungen besitzt, eine solche vorwärtstreibende Rolle überhaupt zusprechen möchte.

16. Die Studentebewegung hat die staatliche Repression mit vollem Recht zu einem ihrer Interventionsfelder gemacht. Das Ausmaß der Repression scheint in Italien zunächst viel stärker zu sein als in der Bundesrepublik; die in der Nachkriegszeit nie abgerissene Kette erschossener Bauern, Arbeiter und Studenten wird als eindrückliches Beispiel dafür aufgeführt. Dieses erste Bild trägt jedoch. In Italien ist die

Repression dort, wo sie auftritt, viel unmittelbarer und brutaler, die Unterdrückung viel ungeschminkter. Der Schußwaffengebrauch durch Polizei und Carabinieri bei sozialen Konflikten ist durch den Artikel 53 des „Codice Rocco“, einem aus der faschistischen Zeit übernommenen Gesetz, sowie durch das 1975 verabschiedete und 1977 verschärfte „Legge Reale“ abgesichert – während die bundesdeutsche Diskussion um den „gezielten Todesschuß“ noch einer gesetzlichen Umsetzung harret. Doch gemessen an den demokratischen Äußerungs- und Aktionsmöglichkeiten, die der sozialistischen und Arbeiterbewegung zur Verfügung stehen – ein besonders eindringliches Beispiel sind die freien Radiosender, die eine ungeheure Potenzialität politischer Intervention in sich tragen – hat Italien durchaus einen repressiven „Nachholbedarf“ gegenüber der BRD, in der die Repression subtiler und daher intensiver greift.

Dieses widersprüchliche Bild erklärt sich durch einige Besonderheiten der Entwicklung der italienischen Gesellschaft. Die verspätete Entwicklung des produktiven Apparats, die mangelnde soziale Integrationsfähigkeit des Systems wies der Aktion des Staates ein besonderes Gewicht zu und machte die ausgeprägte Repression gegen bestimmte soziale Gruppen zu einem Mittel der Tagespolitik. Gleichzeitig ist eine ungebrochene Kontinuität des faschistischen Terrors feststellbar, der sich mit den „terroristischen Elementen“ des von der DC besetzten Staatsapparates verband und als repressives Mischungsverhältnis eigener Art wirksam wurde. Dieses terroristische Element des bürgerlichen Staatsapparates ist in der BRD nicht in dem gleichen Maße vorhanden gewesen, auch wenn es in einer bestimmten Dosierung zu den normalen Komponenten bürgerlicher Herrschaftsausübung gehört. In der BRD fehlt überdies jener ausgeprägte Antifaschismus, der in Italien von den Parteien der Arbeiterbewegung zu einem grundlegenden Bestandteil sozialistischer Politik erhoben wurde.

Ein in der Bevölkerung verwurzelter Antifaschismus stellt eine gute Grundlage für die Kritik und Zurückdrängung des „linken Terrorismus“ und seiner politischen Folgen dar, insofern er ihn offensiv als ein Problem sozialer Zerrüttung und Veränderung und nicht als eins der Polizeitechnik zu begreifen und zu bekämpfen vermag. Dies gilt um so mehr, als der „linke Terrorismus“ in Italien viel ausgeprägter ist als in der BRD: seine Gruppen sind quantitativ umfangreicher, seine Aktionen vielfältiger und „phantasievoller“, das soziale Spektrum, das ihn unterstützt, ist weitläufiger. Seine Funktion ist zwar in beiden Ländern die gleiche – hier wie dort ist er ein wesentlicher Baustein zur Erringung eines reaktionären Massenkonsenses, zur Einleitung einer autoritären, die demokratischen Äußerungsmöglichkeiten einengenden Bewegung, die sich nachweisbar auch in Italien vollzieht –, aber sein gesellschaftliches Wirkungsfeld ist höchst verschieden. Existiert die sozialistische Linke in der BRD in der Form eines Zwergleins, bar jeder Veränderungsmöglichkeit, so hat sie in Italien die Gestalt einer Masseninitiative angenommen, die nach der Regierung greift. Seine Funktion der Verschiebung des realen Kräfteverhältnisses zuungunsten der Arbeiterbewegung drückt sich in der italienischen Situation entfalteter Klassenkämpfe dadurch aus, daß die Linksparteien Positionen aufgeben oder verlieren, die sie für eine sozialistische Umgestaltung, die aktuelle Not-

wendigkeit geworden ist, dringend benötigten.

Die Möglichkeiten der Massenmobilisierung, der Demonstrations- und Informationsfreiheit, wurden im Verlaufe der Studentenbewegung in einem bisher nicht gekannten Maße ausgehöhlt. Die Ausbildung eines bürgerkriegsartigen Standards der Demonstrationsbekämpfung wurde zwar anhand der Studentenbewegung und unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung vollzogen, hängt aber als Damoklesschwert auch über den Initiativen der KPI und wurde bei Einsätzen gegen gewerkschaftliche Kampffaktionen bereits real wirksam. Wenn die KPI bestrebt war, diesen Prozeß der „germanizzazione“ lediglich abzdämpfen, dann ist dies ein Zeichen der Defensive und Schwäche. Die Massenmobilisierung ist das Durchsetzungsmittel einer Arbeiterbewegung, deren Stärke die KPI an die Regierung gebracht hat. Diese Mobilisierungsmöglichkeiten zu erhalten, sie auszubauen und zu vervielfältigen, ist Voraussetzung und Bedingung einer erfolgreichen Regierungsarbeit. Die Studentenbewegung muß sich bewußt werden, daß sie selbst Glied in einem Prozeß der Einengung realer Möglichkeiten politischen und gewerkschaftlichen Kampfes war, und die KPI muß sich fragen lassen, ob sie in der Lage war, einen „sozialistischen Antifaschismus“ zu einem „antifaschistischen Antiterrorismus“ weiterzuentwickeln.

Die Arbeitslosigkeit als Zentralproblem

17. Auf den Zusammenhang von sozialem Elend, Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit mit Studentenbewegung und Formen des bewaffneten Kampfes ist bereits eingegangen worden. Nicht nur in den Reihen der KPI, sondern auch bei den Parteien der Neuen Linken (PdUP, Ao) hat sich nun die Erkenntnis breitgemacht, daß die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eins der wesentlichsten Momente sozialistischer Politik darstellen muß, um das Auseinanderfallen der Arbeiterklasse in Beschäftigte und Arbeitslose, um das Auseinanderbrechen eines möglichen antikapitalistischen Blockes zu verhindern. Das Aufgreifen eines solchen Ziels – die Herstellung der Vollbeschäftigung als vordringliches Ziel einer alternativen sozialistischen Wirtschaftspolitik – bedeutet aber zwangsläufig, daß die bestehenden Sachzwänge und Kräfteverhältnisse als Ausgangsdaten einer Veränderungsstrategie als solche akzeptiert werden müssen. Ein solches widersprüchliches Akzeptieren des Bestehenden als Voraussetzung seiner Veränderung wird von radikalen und „kompromißlosen“ Strömungen der sozialistischen Bewegung als erster Schritt der Identifikation mit dem und der Integration in das bestehende System angesehen und abgelehnt. Die Alternative zu einer positiven Lösung dieses Strategieproblems hat sich historisch jedoch als untauglich, ja gefährlich erwiesen. Die verheerenden Folgen einer abstrakt negativen, sich verweigernden Strategie, die auf den Zusammenbruch oder den Aufstand setzt, haben sich nicht nur in der Geschichte der Weimarer Republik, sondern auch – in kleinerem Maßstab freilich – an den Verlaufsformen der Studentenbewegung gezeigt. Wie hat die Bewegung auf dieses brennende Problem geantwortet?

Die unterschiedlichen Einschätzungen der Bedeutung der Arbeitslosigkeit wurde an der verschiedenartigen Stellung der linken Parteien zum Gesetz zur Be-

kämpfung der Jugendarbeitslosigkeit deutlich, das am 28. April 1977 vom Senat verabschiedet wurde. Ohne auf die Einzelheiten des Gesetzes einzugehen, sieht es in den Grundzügen die Eröffnung einer speziellen Arbeitslosenliste vor, in die sich arbeitslose Jugendliche im Alter von 15 bis 29 Jahren innerhalb sechs Monaten eintragen konnten, um eine zeitweilige oder stabile Beschäftigung in Industrie, Landwirtschaft und öffentlicher Verwaltung zu erhalten, zu deren Finanzierung der Staat innerhalb von 3 Jahren 1060 Mrd. L. (ca. 2.6 Mrd. DM) ausgeben will. Als besondere Knüller enthält das Programm die Aufgabe der Wiederaneignung unbebauten Bodens, die Ausführung „sozial nützlicher Dienste“ sowie die Möglichkeit der Kooperativenbildung.

Die Polemik über die Sinnhaftigkeit des Gesetzeswerks begann innerhalb der Linken schon vor seiner Verabschiedung. Die Problematik der vorgeschlagenen Maßnahmen besteht einfach darin, daß sie das Problem der Jugendarbeitslosigkeit keineswegs zu lösen vermögen, sondern nur einem Bruchteil der sich eintragenden Interessenten eine überaus zweifelhafte Beschäftigung gewähren, die ihre Unsicherheit keineswegs aufzuheben vermag. Seine eigentliche Bedeutung besteht darin, einen explosiven Komplex etwas zu entschärfen und zeitlich hinauszustrecken. Mit der Existenz des Gesetzes konfrontiert, stellte sich jeder linken Formation die Frage, ob sie ein solches Machwerk rundherum ablehnen sollte, da es nichts entscheidend verändert und bei den beteiligten Jugendlichen eher zu Frustrationen führt, die später auf die das Gesetz bejahenden politischen Organisationen zurückfallen würden, oder aber, von dem Datum seiner Existenz ausgehend versuchen, an den positiven Ansatzpunkten entlang eine eigene Strategie zu entwickeln.

An dieser Frage differenzierte sich das linke Lager. Die KPI bejahte das Gesetz eindeutig, auf das sie gedrängt und an deren Entstehen sie mitbeteiligt war; die negativen Züge – deren sie sich bewußt war – traten in ihrer Argumentation in den Hintergrund, um den positiven Möglichkeiten Platz zu machen, die sie ausschöpfen wollte. Sie war bereits seit längerem damit beschäftigt, sogenannte Arbeitslosenligen aufzubauen, Selbstorganisationsformen jugendlicher Arbeitsloser, die aus ihrem kollektiven Zusammenschluß heraus Kampfschritte zur Aneignung und Ausnutzung des Gesetzes entwickeln konnten. Gleichzeitig sah sie die Möglichkeit, über die regionalen und lokalen Verwaltungen, in denen sie oftmals stark vertreten ist und denen die Aufgabe der Erstellung der Arbeitsbeschaffungsprogramme zufällt, Einfluß auf die Realisierung des Gesetzes auszuüben. Sie glaubte genügend Hebel in der Hand zu haben, um eine erfolgreiche Wendung des eher dürftigen Ausgangsmaterials herbeiführen zu können.

Die PdUP-manifesto argumentierte schon wesentlich kritischer. Den unzureichenden, verschleiernenden, letztendlich jugendfeindlichen Charakter des Gesetzes klar vor Augen, plädierte sie zwar auch für seine Benutzung mithilfe der Arbeitslosenligen, an deren Aufbau sie ebenfalls beteiligt war, rückte aber die Notwendigkeit eines radikalen Kurswechsels in der Wirtschaftspolitik in den Vordergrund, ohne den alle Programme nur parteiliches Stückwerk bleiben würden. Ihr Interesse galt vor allem dem kollektiven Zusammenschluß der Jugendlichen, der durch die materiellen Mittel der staatlichen Initiative ein gewisses realisierbares Ziel erhalten, also

nicht ins Bodenlose verlaufen würde. Die Aufschrift der Plakate, die sie massenweise drucken und kleben ließ – „Für die Arbeit – Gegen diese Arbeit“ – verdeutlicht klar den differenzierten, manchmal etwas intellektualistisch wirkenden Charakter ihrer Stoßrichtung, die die staatliche Aktion aufnahm, ohne sich mit ihr zu identifizieren, sie im Gegenteil als unzureichend denunzierte und so den Weg freilegte für eine über den engen Rahmen des Vorgegebenen hinaustreibende Argumentation.

Lotta Continua empfahl zwar nach heftigem innerem Gerangel die Einschreibung in die Listen, ohne aber an das Programm irgendwelche Hoffnungen zu knüpfen und ohne der ganzen Aktion einen gesteigerten Wert beizumessen. Dabei drückte sie wieder einmal die Stimmung aus, die bei den tatsächlich betroffenen Jugendlichen die vorherrschende gewesen sein mag: Das Gesetz als „Betrugsgesetz“ („Legge truffa“ in Anspielung auf das Wahlbetrugsgesetz der DC in den 50er Jahren) ablehnend, stellte es für sie nur eine Möglichkeit dar, irgendwo einer bezahlten Tätigkeit nachzugehen, wie die Schwarzarbeit oder das Baby-Sitten eine andere darstellt. Gemessen an den realen Auswirkungen des Gesetzes – vielleicht wird es 100 000 Einstellungen bei knapp 800 000 Einschreibungen geben – ist diese Haltung berechtigt. Sie ist nur etwas unpolitisch, auch wenn Lotta Continua meint, die Politik werde nicht über staatliche Programme betrieben, sondern über Massenkämpfe in den Arbeitsplätzen und auf der Straße.

Es ist fast überflüssig, noch auf die organisierten Autonomisten einzugehen, deren Interesse an Arbeitsbeschaffungsprogrammen aufgrund ihrer Forderung „Gegen die Arbeit“ sowieso gering sein dürfte. Sie drängen weniger auf Massenbeschäftigung denn auf „Massenillegalität“. – Der „linke Terrorismus“ schließlich hat aufgehört, sich zu diesen profanen Dingen zu äußern. – Zieht man das Resultat aus dieser Konfrontation mehr oder weniger linker Standpunkte, so kommt man zu dem Ergebnis, daß sich sozialistische Politik darauf konzentrieren muß, die arbeitslosen Jugendlichen zu organisieren bzw. Bedingungen ihrer Selbstorganisation zu schaffen, um Aggregationspole herauszubilden, die die Voraussetzung für die Entfaltung sozialistischer Tätigkeit in diesem Bereich überhaupt darstellen. Es muß verhindert werden, daß sich die Arbeitslosen dermaßen zerstreuen und vereinzeln, daß die Möglichkeit kollektiven Widerstandes durch die natürlichen Disgregationsmechanismen kapitalistischer Reproduktion von vornherein zunichte gemacht wird. (Ein Beispiel für diese naturwüchsige Disgregation ist das buchstäbliche Unsichtbarwerden der Berliner arbeitslosen Lehrerstudenten, die sich in den Poren der Stadt atomisiert haben.) Zur Herausbildung dieser Aggregationspole kann die Inanspruchnahme staatlicher Arbeitsbeschaffungsprogramme einen nützlichen Ansatzpunkt darstellen. Insofern würde es sich lohnen, sich von sozialistischer Seite aus für die Erstellung und Realisierung solcher Programme einzusetzen, wenn sie einen organisationsstiftenden Charakter in sich tragen.

Die Entwicklung der italienischen Arbeitslosenligen sowie ihr Verhältnis zu den Gewerkschaften ist dabei von besonderem Interesse. Selbst die im Vergleich zum DGB fortschrittliche Gewerkschaftskonföderation CGIL-CISL-UIL tut sich erstaunlich schwer damit, die organisierten Arbeitslosen in sich aufzunehmen. Auch dort, wo die Entwicklung der Ligen das größte Ausmaß und den höchsten Organisa-

tionsstand erreicht haben – in der Region Abruzzen – bedurfte es einer zähen Auseinandersetzung, bis die gewerkschaftsinternen Widerstände, die der Austeilung der normalen Gewerkschaftsausweise an die Jugendlichen und ihre Einbeziehung in die gewerkschaftliche Alltagsarbeit entgegenstanden, überwunden werden konnten. In der KPI existieren ebenfalls widerstreitende Tendenzen: Das erste nationale Fest der Ligen im August in Aquila wurde von der FGCI fast bis zum Mißerfolg reduziert. Die Analyse dieser Ereignisse, die Untersuchung der Landbesetzungsbewegung und der Kooperativenbildung im Dienstleistungssektor sowie die sich daraus ergebenden Möglichkeiten muß anderen Arbeiten vorbehalten werden.

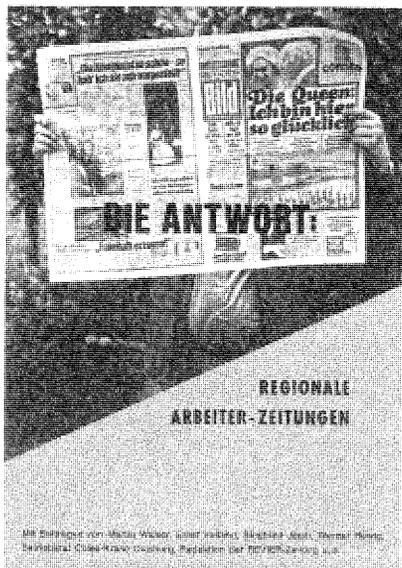
Die Macht und die Hoffnung

18. Die Studentenbewegung ist – ähnlich der Bewegung der Frauen – zunächst und vor allem eine soziale Befreiungsbewegung, die über den Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft hinaustreibt und ein tiefes „Bedürfnis nach Kommunismus“ ausdrückt. Dieser ihr fundamentaler Charakter muß herausgehört und unterstrichen werden. Er widerspricht nicht den politisch regressiven Zügen der Bewegung, die in den obigen Abschnitten dargestellt wurden und die ein fehlendes kritisches Selbstbewußtsein über ihre eigene Rolle und Bedeutung ausdrücken. Da sie nur ein partikuläres Moment im Gesamtprozeß gesellschaftlicher Emanzipation darstellt, kann sie ihre Bedürfnisse weder den anderen sozialen und parteilichen Bewegungen oktroyieren, noch ihre Kampfformen zum allgemeinverbindlichen Modell der Gesamtgesellschaft erheben. Sie stellt nicht denjenigen Kern dar, der die anderen Bewegungen aggregieren oder integrieren könnte. – Andererseits konkretisiert sich das große Wort von der Hegemonie der Arbeiterklasse in Italien heute dahingehend, daß die Arbeiterbewegung noch größte Mühe hat, selbst die in Bewegung geratenen Schichten der Bevölkerung zu hegemonisieren. Der antikapitalistische Block, auf dessen Basis sie sich „zum Staate machen“ könnte, droht zu zerbröckeln, noch bevor er überhaupt geschmiedet wurde. Das Entstehen von autonomen sozialen Bewegungen stellt der Arbeiterbewegung das Problem der Hegemonie und seines konkreten Inhalts stets erneut als erkämpfendes Ziel. Die Studentenbewegung ist zu einem Faktor geworden, der sich diesen Hegemonisierungsbestrebungen bewußt-unbewußt entzogen hat, der glaubt eine fragwürdige, neue, eigene Hegemonie errichten und ausbreiten zu müssen. Sie hat dem Bedürfnis nach Kommunismus nicht die realpolitischen Möglichkeiten seiner Realisierung zusetzen können, sie hat durch ihr Agieren die Voraussetzungen einer Gesamtveränderung nicht geschaffen, sondern sie vermindert. In diesem paradoxen Resultat besteht die Widersprüchlichkeit ihres Charakters.

Die vorliegenden Ausführungen hatten weder die Aufgabe, auf das von der Bewegung produzierte Neue „abzufahren“, noch sie als wirr oder reaktionär abzutun. Es war nicht ihr Zweck, eine Bewunderung oder Abneigung zu begründen. Es ging lediglich darum, sie in ihrer eigenen Problematik zu fassen, in der sie lebt und die sie prägt, und einige ihrer Dimensionen aufzunehmen, die an anderer Stelle auszuführen

sind. Wenn dennoch oft kritisch-negative Bemerkungen im Vordergrund standen und die Behandlung der subversiven und emanzipatorischen Inhalte nicht in der angemessenen Weise zur Geltung kamen, so geschah dies nicht mit dem Ziel, ihre Bedeutung zu negieren, wohl aber mit der Absicht, zu einer bestimmten Publikationspraxis (jüngstes Beispiel: das im Trikont-Verlag erschienene Buch „Indianer und P 38“) deutliche Gegengewichte zu setzen.

Wenn es in einem bekannten Lied der italienischen Frauenbewegung programmatisch heißt: „Wo die Macht aufhört, entsteht die Hoffnung“, dann ist dies ein treffender Ausdruck für soziale Subversivität, die die Studentenbewegung mit Energie gegen das kapitalistische Unterdrückungssystem zur Geltung gebracht hat. Doch die Macht ist kein metaphysisches Ding; im gesellschaftlichen Klassenkampf hört sie nicht auf, sondern kann nur konkret überwunden werden.



Chancen regionaler Arbeiterpresse in der BRD

mit Beiträgen von

Martin Walser, Ernst Volland, Werner Hewig, Betriebsrat Coles-Krane Duisburg, Siegfried Jäger, Redaktion der Revier-Zeitung u.a.

zu bestellen bei

Arbeitsgemeinschaft Ruhr e.V.,

Siegstr. 15, 4100 Duisburg 1

Preis: DM 6,- + 1,- DM Versand

Lieferung nach Vorauszahlung auf

Kto.Nr. 209-009828 Stadtparkasse Duisburg (M. Wolf) oder Verrechnungsscheck.

64 S. Broschüre

links

Sozialistische Zeitung

bringt monatlich auf etwa 28 Seiten Informationen und Anregungen für die politische Arbeit, Beiträge zur sozialistischen Theorie und Strategie, Berichte aus der Linken international. „links“ ist illusionslos, undogmatisch – eine Zeitung für Theorie der Praxis und für Praxis der Theorie.

Einzelpreis DM 2,-.

Bezugspreis, jährlich, DM 22,- + DM 6,- Versandkosten

express

Zeitung für sozialistische
Betriebs- und
Gewerkschaftsarbeit

Sprachrohr der Kollegen und Genossen, die sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit machen. Informationen über die Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit. Beiträge, die man nicht in den Gewerkschaftszeitungen findet.

Einzelpreis DM 1,20.

Bezugspreis, jährlich, DM 14,- + DM 6,- Versandkosten

**Probeexemplare anfordern bzw. Abonnementsbestellung bei
Verlag 2000 GmbH, Postfach 591, 605 Offenbach 4.**

ARGUMENT- SONDERBÄNDE AS

AS 25/26

Burkhard Tuschling:

Habermas

**Die „offene“ und die
„abstrakte“ Gesellschaft**

Das Buch enthält u. a.:

- Einzelanalysen der wichtigsten Habermasschen Schriften
- einen Vergleich des Habermasschen und des Popperschen Modells einer „offenen“ Gesellschaft
- Interpretationen der Rechts- und Staatsphilosophie von Hobbes, Locke, Rousseau, Kant und Hegel, aufbauend auf einem neuen Ansatz zu einer materialistischen Theorie des Staats und des Rechts, in Auseinandersetzung u. a. mit der Interpretation Macphersons
- eine Einschätzung von Habermas' „Kritischer Theorie“ vor dem Hintergrund dieser ideologischen Tradition

Zum Schluß wird versucht, die „Kritische Theorie“ von Habermas aus der politischen, ökonomischen und ideologischen Konstellation der Epoche nach 1945 verständlich zu machen.

Das Buch wendet sich vor allem an Philosophen, Soziologen, Politikwissenschaftler, Juristen; es ist auch als Einführungstext gedacht.

AS 32

**Gesellschaftsformationen
in der Geschichte**

Erstmalig wird von Gesellschafts- und Geschichtswissenschaftlern der BRD versucht, einen Überblick über den Diskussionsstand zum Problem der Gesellschaftsformationen in der Geschichte zu gewinnen und diese Kategorie in der forschenden Erörterung einzelner Gesellschaftsformationen zu erproben. Trotz unterschiedlicher Positionen im einzelnen, von denen aus auch die marxistische Theorie kritischer Reflexion unterzogen wird, erhärtet sich doch insgesamt die Aussage des historischen Materialismus, daß ohne die Aufarbeitung der Geschichte aus der Folge ihrer ökonomischen Strukturen heraus gesellschaftliches Sein und Bewußtsein nicht hinreichend erforscht werden können.

Die Beiträge behandeln die Periodisierungsfrage (L. Krader), archaische Gesellschaften (H. D. Seibel), die Antike (M. Schmidt), den Feudalismus (L. Kuchenbuch, B. Michael und H. H. Nolte) den Kapitalismus (K. H. Tjaden), die DDR-Diskussion (K. Naumann), Probleme des Kommunismus, der Plan-Kategorie und des Geschichtsbewußtseins (P. Brockmeier/B. Heidtmann/F. Tomberg).

Einzelpreis: 15,50 DM, im Abo 13,- DM
Schüler und Studenten 12,- DM, im Abo 10,- DM

Argument-Vertrieb · Tegeler Str. 6 · 1000 Berlin 65